

Dürfen Frauen Distriktchefin werden?

Ein Vorschlag aus dem Büro des Premierministers, eine jahrhundertalte Tradition zu beenden und Frauen ebenso wie Männer für die Position des Distriktchefs zuzulassen, ist nach Widerstand aus dem Kabinett fallengelassen worden.

Innenminister Banharn hatte verkündet, sein Ministerium wolle sich der Änderung widersetzen. Die Position erfordere häufige Inspektionsreisen in entlegene Regionen. Nur Männer hätten die Fähigkeit, mit der Polizei zur Verbrechensbekämpfung zusammenzuarbeiten, Frieden und Ordnung aufrechtzuerhalten und Waffenschmuggel in Grenzregionen zu verhindern.

Nach der Entscheidung der Regierung, weiterhin nur Männer für das Amt des Distriktchefs und des stellvertretenden Distriktchefs zuzulassen, versammelten sich Demonstrantinnen aus mehreren Frauenrechtsgruppen vor dem Regierungshaus, um ihre Gleichbehandlung einzufordern. Die UN-Konvention gegen Diskriminierung von Frauen sei auch von Thailand ratifiziert worden. Es gebe keinen Grund dafür, daß Frauen der Aufgabe weniger gerecht werden könnten als Männer.

Vgl. NR v. 19.6.90 und 22.6.90; BP v.20.6.90 und 22.6.90

Kontroverse um Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes

Der Abgeordnete der Chart Thai Party Songyos Ramasutr und der Abgeordnete der oppositionellen Prachakorn Thai Party Boonthium Kitboonchu wollen in zwei getrennten (offenbar aber nahezu gleichlautenden) Gesetzesvorlagen eine Liberalisierung des Abtreibungsparagraphen vorschlagen.

Bisher war Abtreibung nur bei Vergewaltigung oder Lebensgefahr für die Mutter erlaubt. Die Änderung sieht vor, die Abtreibung auch dann zu erlauben,

wenn der Foetus behindert ist oder eine ansteckende Krankheit trägt und wenn eine gesundheitliche Gefährdung für die Mutter vorliegt.

Das religiöse Oberhaupt der 300.000 katholischen Thais, Kardinal Meechai, hat angekündigt, sich zusammen mit anderen religiösen Führern und Führerinnen (darunter der Vorsitzenden der Thai-muslimischen Gesellschaft) der Gesetzesänderung zu widersetzen.

Vgl. NR v. 1.5.90 und 17.5.90

Kabinettsumbildung

Am 26.8.1990 führte Premierminister Chatichai die erwartete Kabinettsumbildung durch, um das Bild der durch Korruptionsskandale ins Gerede gekommenen Regierung aufzufrischen. Dabei wurden 9 Kabinettsmitglieder (Minister und Stellvertreter) entlassen und zwölf Kabinettsmitglieder neu eingestellt (darunter 3 Parteilose). Acht Kabinettsmitglieder erhielten innerhalb des Kabinetts eine andere Position.

Unter den Entlassenen ist auch Außenminister Siddhi, der seit über 10 Jahren im Amt war und im Gegensatz zu Premierminister Chatichai für eine harte Linie gegenüber Vietnam und Kambodscha eintrat. Neuer Außenminister wird Subin Pinkayan,

der vermutlich eher die Position Chatichais vertreten wird.

Mit der Kabinettsumbildung hat Chatichai die Rolle seiner eigenen Chart Thai Party gestärkt. Der zweitgrößte Koalitionspartner, die Social Action Party, wurde geschwächt und war offenbar kurz davor, die Koalition zu verlassen.

Die von der Kabinettsumbildung betroffenen Minister erfuhren von ihrer Entlassung bzw. Umsetzung zum größten Teil erst aus der Zeitung - offenbar wollte Chatichai Streitereien im Vorfeld verhindern.

Vgl. BP v. 28.8.1990; FEER v. 6.9.1990, S.12

Chaovalit als Minister zurückgetreten

Nur 10 Wochen nach seinem Amtsantritt ist der Verteidigungsminister und stellvertretende Premierminister Chaovalit am 19.6. von seinen Ämtern zurückgetreten.

Chaovalit war um eine Position bemüht, die ihm eventuell die Nachfolge des jetzigen Premierministers Chatichai ermöglichen sollte. Der Rücktritt erfolgte offenbar aus Unzufriedenheit über seine Position im Kabinett und

aus Verbitterung über Vorwürfe von Kabinettsmitgliedern, die ihn indirekt der Korruption bezichtigt hatten.

Chaovalit ist inzwischen zum "Sonderberater" des Militärs ernannt worden und hat mit Vorbereitungen zur Gründung einer neuen Partei begonnen, die "Seri Prachatiapai" (Freie Demokratie) heißen soll.

Vgl. FEER v. 6.9.1990, S.12; SOAA Juli 1990, S.286/7; MDA v. 21.8.1990

Interview:

Arbeitsbedingungen in Thailand

Auszüge aus einem Interview mit thailändischen Gewerkschaftern

Frage: Die Urlaubs- und Krankenregelung, wie sieht die aus?

Suchin Petchrod, Angestellter in einem metallverarbeitenden Betrieb: Nach dem Gesetz darf man in einem Jahr 30 Tage krank werden. Das wird bezahlt.

Es gibt sechs Tage Urlaub pro Jahr. Wenn man drei Jahre gearbeitet hat, gibt es sieben Tage, bei fünf Jahren 10 Tage.

F.: Und der Betrieb bezahlt den gesetzlichen Mindestlohn und hält sich an die Urlaubsregelung oder gibt es da andere Erfahrungen?

S.: In diesem Betrieb arbeiten wir nach der gesetzlichen Regelung, die schummeln nicht. Es gibt bei uns relativ viele Facharbeiter, es ist deshalb relativ leicht, Forderungen durchzusetzen.

F.: Und wie sieht es mit der Sicherheit am Arbeitsplatz aus?

A.: Die Sicherheit am Arbeitsplatz ist schlecht. Zum Beispiel an der Drehbank. Diese Maschine läuft ununterbrochen und es kann passieren, daß jemand Splitter in die Augen bekommt. Bei vielen Schneidemaschinen kann es sein, daß mal Finger wegkommen. Zum Beispiel haben letztes Jahr drei Leute ihre Finger verloren.

Bezüglich der Sicherheit am Arbeitsplatz sind wir noch sehr weit zurück. Wir, das heißt die Arbeiter und auch die Unternehmer. Es gibt kein konkretes Gesetz, daß die Arbeiter Augenschutz tragen müssen,

oder Handschuhe oder Helm oder irgendwas sonst. Und die Brille, die die Unternehmer uns gegeben haben, da kann man ja kaum durchsehen und die Handschuhe sind nicht gut, deshalb wollen die Arbeiter sie auch nicht benutzen.

F.: Es gibt ja auch technische Vorrichtungen, bei Schneidemaschinen z.B., daß man die Maschine immer nur mit zwei Händen anstellen kann, so daß die Hand gar nicht drunterkommen kann. Gibt es solche Forderungen auch?

S.: Wir bekommen die ganzen Maschinen fertig aus dem Ausland. Wir haben keine Zeit, und der Unternehmer gibt uns auch keine Zeit um zusätzliche Schutzvorrichtungen einzubauen.

F.: Gibt es Pausen während der Arbeitszeit?

Prayat Ruecha, Arbeiterin in einer Textilfabrik: In unserer Fabrik paßt eine Arbeiterin auf sechs Maschinen auf. Auf jeder Maschine laufen zwei Fäden, so daß eine Arbeiterin auf zwölf Fäden aufpassen muß.

Es gibt manche Fäden, die ziemlich dick sind, dann haben die Arbeiterinnen Glück, die gehen nicht so schnell kaputt. Aber wenn der Faden dünn ist, muß immer wieder geflickt werden. In diesem Bereich gehen die Arbeiterinnen nicht zur Mittagspause, weil sie Angst haben, daß der Faden reißt. In acht Stunden dürfen sie 40 Minuten frei nehmen zum Essen. Die Zeit wird bezahlt. Aber die Arbeiterinnen wollen selbst nicht, weil sie Angst haben, daß sie bemängelt werden.

Unterhaus verabschiedet Sozialversicherungsgesetz

Gegen das Votum des Senats (Oberhaus) hat das thailändische Unterhaus am 11.7.1990 einstimmig ein Sozialversicherungsgesetz verabschiedet.

1989 war die Gesetzesvorlage schon einmal vom Unterhaus

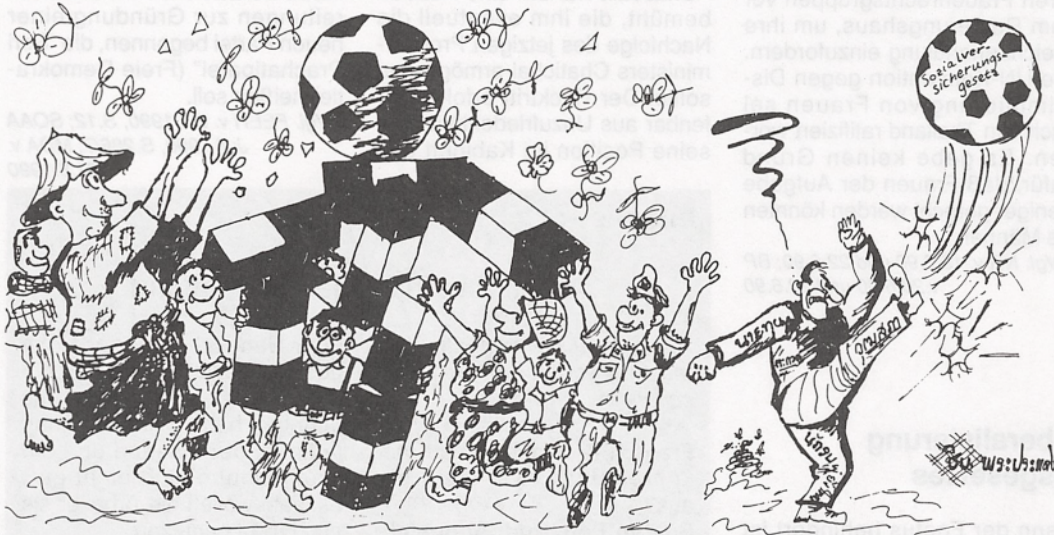
oder ehemaligen) Militärs und Unternehmer wurden symbolisch Waffen- und Geldscheinattrappen aus Papier verbrannt. In Anlehnung an einen thailändischen Brauch verbrannten Demonstranten Chili und Salz, um

schafter mit einer ironisch gemeinten Opfergabe an die zuständigen Götter.... Es lag wohl auch an der in dieser Frage gewerkschaftsfreundlichen Presse und den Stellungnahmen von Wissenschaftlern und Intellektuellen, daß die Unterhausabgeordneten Warnungen im Senat verteilter Militärs ignorierten.

Arbeitslosenversicherung wird es ohnehin erst am Ende eines 6-jährigen Stufenplans geben. Der Beitrag zur Sozialversicherung wird zu je einem Drittel von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierung getragen und wird im Laufe des 6-jährigen Stufenplans von 1,5 % auf 9,5 % des Lohns ansteigen. Arbeitnehmer in Kleinbetrieben unter 20 Beschäftigten sind zunächst von der Regelung ausgeschlossen. Für die zahlreichen im informellen Sektor Beschäftigten (vor allem im Dienstleistungsbereich, z.B. Taxifahrer und Straßenverkäufer) ist es fraglich, ob sie überhaupt je vom Versicherungsschutz profitieren werden: wenn sie sich versichern wollen, müssen sie als Selbständige auch den Arbeitgeberanteil selbst zahlen.

Wenige Tage nach Verabschiedung des Gesetzes kündigte der stellvertretende Innenminister Vatana Asavahame an, es werde ein Ministerium für Arbeit und Soziale Wohlfahrt gegründet, das für die Durchführung des Gesetzes zuständig sein werde.

Vgl. FEER v. 26.7.90, S.10/11; BP v. 10.7.90 und 17.7.90; eigene Quellen



Senatoren, Unternehmer und Militärs: Spielen, wenn die anderen nicht mehr aufpassen.

aus einer thailändischen Gewerkschaftszeitung

verabschiedet worden, ging dann jedoch - wie in der thailändischen Gesetzgebung vorgesehen - zunächst zur Beratung an den Senat. Der Senat lehnte die Vorlage mit 105 zu 56 Stimmen ab. Während der Beratungen des Senats über Änderungen der Gesetzesvorlage organisierten Gewerkschaften und Studentenverbände Veranstaltungen für die Durchsetzung der sieben in der Vorlage enthaltenen Punkte. Diese waren: Krankenversicherung am Arbeitsplatz, Mutterschutz, Unfallversicherung bei Invalidität, Hinterbliebenenversicherung im Falle eines tödlichen Unfalls, Altersversorgung, Erziehungsbeihilfe für Kinder und Arbeitslosenversicherung.

Ein Hungerstreik von 18 Personen (Arbeitnehmer privater und halbstaatlicher Unternehmen sowie 3 Studenten) wurde nach 2 Tagen beendet, nachdem ein mit den Gewerkschaftsforderungen sympathisierender Senator (gleichzeitig Berater des Premierministers) mit den Hungerstreikenden gesprochen hatte. Neben dem Hungerstreik fanden Demonstrationen (etwa 5000 Teilnehmer) und andere Aktionen statt, mit denen Druck auf den Senat ausgeübt werden sollte. Als Protest gegen die im Senat vertretenen (amtierenden

die den Gewerkschaftsforderungen feindlich gegenüberstehenden Senatoren zu verdammten. Veranstaltungen informierten über die vom Senat vorgeschlagene geänderte Gesetzesvorlage, die nicht alle sieben Punkte der ursprünglichen Vorlage enthielt.

Eine vom Senat veränderte Gesetzesvorlage geht in Thailand nicht direkt zur Unterschrift an den König, sondern wird dem Unterhaus zur erneuten Beratung übergeben. Das Unterhaus hat dann schließlich einstimmig die ursprüngliche Vorlage verabschiedet. Die Gewerkschaften feierten diesen Erfolg mit einem Fest, auf dem hervorgehoben wurde, daß die Sozialversicherung kein Geschenk der Regierung, sondern von den Arbeitnehmern erkämpft sei. In einer Gewerkschaftszeitung wurde allerdings auch Kritik an der noch relativ geringen Mobilisierung unter den Arbeitern geäußert. Selbst in Betrieben mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad hätten nur wenige die Auseinandersetzungen verfolgt.

Den Ausspruch des stellvertretenden Außenministers, wenn das Gesetz in dieser Situation nicht durchkomme, könnten nur noch übernatürliche Kräfte helfen, beantworteten die Gewerk-

Armeekommandant Suchinda Kraprayoon, gleichzeitig Senatsmitglied, hatte gewarnt, das Gesetz werde der Regierung "Schwierigkeiten" bringen. Der stellvertretende Premierminister, General Thienchai Sirisamphan bestand darauf, daß der Senat nicht vorgehabt habe, das Gesetz zu verhindern, sondern nur, es zu verbessern. Es hatte in Thailand schon mehrere Versuche gegeben, eine Sozialversicherung einzuführen, die jedoch alle gescheitert waren. Einige Beobachter sahen in der Verabschiedung des Gesetzes gegen den Willen bedeutender Militärs einen wichtigen Schritt in der demokratischen Entwicklung Thailands.

Der in der Gesetzesvorlage vorgesehene soziale Schutz wird allerdings nur schrittweise in Kraft treten; zunächst werden 10% aller Beschäftigten davon profitieren. Rentenversicherung und

Anzeige

VFLU
UMWELTZEITUNG
8. Jahrgang 1990:

UWZ: 8. (1). Mai 1990
Umwelt und Gesellschaft - Synthese oder Antagonismus?
Agrarökosysteme am Beispiel des nicaraguanischen "trópico-seco"

UWZ: 8. (2). Juni 1990
Bacillus thuringiensis (B.t.) - Entwicklung einer Technologie für die Produktion von B.t. in Nicaragua

UWZ: 8. (3). September 1990
Modernisierung am Ende?
Rural-ökologische Entwicklungen durch Agrarreform und Umweltpolitik

UWZ: 8. (4). November 1990
Die konventionelle Art von Zerstörung: Landwirtschaft auf den Philippinen und ökologische Alternativen

5,- DM als Einzelheft
20,- DM als Jahresabo
oder 20,- + + + viele DM
als Förder-Abo

Bezug: VFLU,
Langgasse 24 / H
6200 Wiesbaden - 1
Tel.: 06121 / 37 03 71